



***Es gilt das gesprochene Wort.
Sperrfrist: 02.07.2014, 18:00 Uhr***

**Rede von
Johannes Heger**

**Präsident Verband der
Pfälzischen Metall- und Elektroindustrie
(PfalzMetall)**

**auf dem
PfalzMetall-Tag 2014**

am 2. Juli 2014

**im Saalbau
Neustadt an der Weinstraße**

„Wir sind das Herz der Wirtschaft“. Mit diesem Slogan versinnbildlichen die Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie ihre Bedeutung für die Wirtschaft in Deutschland.

Kein Industriezweig hat einen größeren Anteil am Bruttosozialprodukt. Die Unternehmen Deutschlands größter Branche erzielten im vergangenen Jahr einen Umsatz von fast 1 Billion Euro.

Wir waren und sind zudem Beschäftigungsmotor in Deutschland: 3,7 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählen die Metall- und Elektrounternehmen derzeit. Das ist der höchste Stand in einem April seit der Wiedervereinigung.

Alleine im ersten Quartal stieg die Mitarbeiterzahl deutschlandweit um 10.000 an.

Hinter diesem Stellenzuwachs steckt die Zuversicht auf eine starke Konjunktur in diesem Jahr. Um drei Prozent, so die Erwartung, wird die Metall- und Elektroindustrie 2014 wachsen.

Das Vorjahr hingegen war verhalten. Unsere Umsätze stagnierten.

Wir freuen uns, wenn wir im laufenden Jahr wieder als Lokomotive die Volkswirtschaft mitziehen können. Im laufenden Jahr wird unsere Produktion wieder um 3 Prozent wachsen.

Von der Politik erfahren wir dabei leider keinen Rückenwind. Im Gegenteil: Sie sorgt für kräftigen Gegenwind, der uns das Vorwärtkommen unnötig erschwert.

Die Leistungen der Großen Koalition sind für uns in der Summe enttäuschend. Gestern trat das Rentenpaket in Kraft.

Das Gesetz lastet den Beitragszahlern (Arbeitnehmern und Arbeitgebern) letztlich unbezahlbare Lasten auf. Die „Rente mit 63“ weist zudem beschäftigungspolitisch genau in die verkehrte Richtung, nachdem wir erfolgreich für längere Lebensarbeitszeit geworben und diese zunehmend umgesetzt haben.

Die noch viel teurere sogenannte Mütterrente ist schlicht ein Wahlgeschenk für ganz Wenige.

Das Rentenpaket ist aber leider nicht das einzige Vorhaben der Großen Koalition, das uns Unternehmern Sorgen bereitet:

Das sogenannte „Tarifautonomiestärkungsgesetz“ beschert uns einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn.

Es ist mit seinen vielen staatlichen Eingriffen in Wahrheit ein Tarifautonomieschwächungsgesetz.

Mehr Allgemeinverbindlichkeitserklärungen und ein staatlich vorgegebener Mindestlohn bedeuten mehr Staat und weniger Autonomie.

Beim Mindestlohn weist die Politik stolz darauf hin, dass doch Tarifvertragsparteien über die Entwicklung des Mindestlohns entscheiden. Das nenne ich einen Witz!

Ich kenne keinen Tariflohn, dessen Höhe von der Politik festgelegt wurde!

Ich kenne keine Tarifverhandlungen, bei denen ausschließlich über die Höhe der Entgelterhöhung gesprochen wird! Wo bleiben Elemente wie Laufzeiten, Nullmonate oder qualitative Bausteine?

Vor allem aber kenne ich keine Tarifverhandlungen, die anschließend für alle verbindlich sind! Tarifautonomie heißt eben auch: Freiwilligkeit.

Die Mitgliedschaft bei PfalzMetall ist so selbstverständlich die freie Entscheidung unserer Mitglieder.

Ich erinnere daran, dass die Tarifautonomie uns zuletzt erfolgreich die Weltwirtschaftskrise hat meistern lassen, genauso wie die Tarifeinheit. Aber diese stellt das Gesetz nicht wieder her.

Eigentlich hätte das Kabinett heute „Eckpunkte“ zur Regelung der Tarifeinheit verabschieden sollen. Kurzfristig wurde dieser Punkt jedoch wieder von der Tagesordnung genommen. Im Eckpunkte-Papier steht, dass wenn sich in einem Betrieb Tarifverträge unterschiedlicher Gewerkschaften überschneiden, zukünftig das Mehrheitsprinzip gelten soll. Das heißt: Es gilt der Tarifvertrag, der die meisten Mitglieder repräsentiert.

Wir sind sehr irritiert darüber, dass die Große Koalition scheinbar noch länger braucht, um die Tarifeinheit wieder herzustellen. Das wäre mal ein Beitrag zur Stärkung der Tarifautonomie!

Sowohl zum Rentenpaket als auch zum Tarifautonomiestärkungsgesetz gebe es noch viel zu sagen. Ich erspare mir aber eine detaillierte Kritik.

Und ich könnte auch viel sagen zu jenen Vorhaben, die laut Koalitionsvertrag ebenfalls aus Sicht der Bundesregierung noch mehr geregelt werden sollten: Zeitarbeit und Werkverträge.

Auch hier mehr Staat und mehr Mitbestimmung, statt Unternehmertum.

Stattdessen möchte ich der Frage nachgehen, was die Politik bei diesen Gesetzesvorhaben eigentlich antreibt.

Mein Eindruck: Es sind Stimmungen, teils selbst von der Politik befördert und ohne Bezug zur Realität.

Ja, die Stimmung in unserem Land ist gut. Und das ist auch gut so!

Die Arbeitslosigkeit ist gering, die Beschäftigungszahlen eilen von Rekord zu Rekord. Damit einhergehend sprudeln die Steuereinnahmen und prallgefüllte Sozialkassen. Gleichzeitig sind die Zinsen niedrig.

Ein gefährlicher Cocktail: Die prall gefüllte Rentenkasse hat die Große Koalition schon zu Wohltaten verführt, die die lange Jahre von der Politik verfolgte Stabilisierung des Rentensystems konterkariert. Problematisch ist auch, dass Schuldenmachen den Staat derzeit fast nichts kostet. Zinserhöhungen können dann die Pläne zur Haushaltskonsolidierung schnell Makulatur werden lassen.

Der Boom am Arbeitsmarkt und ein deutliches Lohnplus schlagen sich in einer guten Laune der Verbraucher nieder. Die Binnennachfrage spielt daher für unser Wachstum wieder eine wichtige Rolle.

Entscheidend ist, wie die Politik diese „Stimmungen“ nutzt, um damit „Stimmen“ zu gewinnen.

Für den Ökonom Joseph Schumpeter waren Politiker zwar ebenfalls „Unternehmer“: nämlich Unternehmer im Kampf um Wählerstimmen.

Wenn es den Wählern gut geht, kennt dieser Wettbewerb nur eine Richtung: Wer legt noch was oben drauf?

Die Mütterrente und die „Rente mit 63“ sind hierfür bereits der bittere Beweis. Anstatt an beiden Konzepten Abstriche zu machen oder sie am besten ganz sein zu lassen, haben Union und SPD ihre Pläne schlichtweg addiert. Die Rentenpolitik der Bundesregierung und der sie tragenden Fraktionen führt exemplarisch vor Augen, wie schlecht Große Koalitionen für unser Land sein können. Ich betone „können“: Es war auch eine Große Koalition, die erste unter Merkel, die die „Rente mit 67“ eingeführt hat.

Doch zurück zur aktuellen GroKo: Für mich hat diese Art von politischen Gewinnmaximierern nichts mit wahren Unternehmertum zu tun.

Ich selbst bin Familienunternehmer in der vierten Generation. Wir stehen im Wettbewerb: um Aufträge, um Marktanteile, um Mitarbeiter, um Innovationen.

Dabei gehen wir Risiken ein. Denn um zu wachsen, müssen wir investieren. Ob sich diese Investitionen dann rechnen, ist Ergebnis des Wettbewerbs. Falls es schiefgeht, haften wir im Gegensatz zur Politik persönlich und direkt für unsere Entscheidungen.

Wir gehen deshalb keine Risiken ein, die wir im Falle des Schadenseintritts nicht tragen könnten.

Und an dieser Stelle unterscheiden sich die richtigen Unternehmer von den politischen Unternehmern fundamental. Ihr „Gewinn“ ist alleine die Wahl.

Doch die finanziellen Lasten, beispielsweise des Rentenpakets, treffen erst spätere Generationen, wenn diese Politiker gar nicht mehr im Amt sind.

Finanzminister Schäuble spricht daher auch immer feinsinnig davon, dass das Rentenpaket die Konsolidierung des Haushalts *in dieser* Legislaturperiode nicht gefährde. Denn noch reicht es, die gute gefüllte Rentenkasse zu plündern und die gesetzlich vorgeschriebene Beitragssenkung zu Jahresanfang zu streichen.

Für diese Art von Feinsinnigkeit habe ich kein Verständnis.

Beim Mindestlohn ist es nicht besser. Sogar die Gewerkschaften und Mindestlohnbefürworter bestreiten gar nicht, dass er Arbeitsplätze kostet. Doch das nehmen sie sehenden Auges in Kauf.

Beim Rentenpaket ist nicht etwa nur die Wirtschaft ablehnend.

Nein, in den Chor der Kritiker hat auch die OECD eingestimmt, die Kirchen haben das Rentenpaket kritisiert, der Paritätische Wohlfahrtsverband und – die Rentenversicherung selbst.

Man könnte es sich nun leicht machen und sagen: Gut, auf uns hört die Politik nicht. Aber auch sonst hört die GroKo auf niemanden – sie hört allein auf Stimmungen.

Die Regierung mit Merkel an der Spitze steht stets an der Spitze der Massenbewegung, egal wohin sie sie treibt.

Die Große Koalition scheint komplett beratungsresistent.

Es ist wohl eine eigene Welt, das Regierungshandeln in Berlin.

Und politisch scheint es zu funktionieren, nach Stimmungslage zu regieren: Die Bundeskanzlerin hat hohe Zustimmungsraten, die SPD konnte bei der Europawahl seit langem wieder mal einen kleinen Erfolg feiern.

Stimmungen, Stimmen, Zustimmungsraten. Sind das die Fixsterne der gegenwärtigen Politik?

Wo bleibt die Orientierung am Gemeinwohl? Und Gemeinwohlorientierung heißt: Keine Geschenke für die eigene Klientel, die letztendlich alle Bürgerinnen und Bürger bezahlen müssen.

Und Gemeinwohlorientierung heißt auch: Keine Wohltaten jetzt und die Kosten den späteren Generationen aufbürden.

Es wäre beispielsweise wohltuend, müsste diese Bundesregierung Rückstellungen für ihr Rentenpaket bilden, wie dies jedes Unternehmen tun müsste.

Auch hier zeigt sich ein fundamentaler Unterschied zwischen dem wirklichen und dem politischen Unternehmer:

Es fehlt die Verbindung zwischen Verursachen und Haftung, genauso wie bei den Banken in der Finanzkrise.

Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Das ist gutes Haushalten.

Ich frage mich:

Brauchen wir erst wieder eine Krise mit hoher Arbeitslosigkeit, damit die Politik die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft in den Blick nimmt?

Brauchen wir erst wieder eine Krise, bis die Lasten der demografischen Entwicklung wieder fair zwischen den Generationen verteilt werden?

Brauchen wir erst wieder eine Krise, dass die Politik sich des Notwendigen annimmt statt sich auf die Realisierung des Wünschenswerten zu stürzen?

Wer kann hier Einhalt gebieten?

Ich frage mich deshalb auch: Braucht die Wirtschaft eine andere Form der Interessenvertretung?

Wir nehmen natürlich aktiv an der politischen Willensbildung teil.

Wir äußern uns in Pressemitteilungen, in Interviews, wir besetzen Podien und bieten nicht zuletzt Foren wie den PfalzMetall-Tag, auf dem sich Unternehmer mit Politikern und der Öffentlichkeit austauschen können.

Das reicht offensichtlich nicht. Denn wir dringen damit nicht durch.

Die Gewerkschaften hingegen fahren breite Kampagnen, die direkt auf die Bürgerinnen und Bürger abzielen. Beispiele hierfür sind die Kampagnen „Gute Arbeit“ und die Mindestlohn-Kampagne. Beim Mindestlohn sind die Gewerkschaften fast am Ziel – auch wenn ihnen die sich abzeichnenden Regelungen nicht weit genug gehen. Die Skandalisierung von Zeitarbeit und Werkverträgen betreiben sie munter weiter und treiben so die Regierenden vor sich her.

Wir hingegen wählen in den allermeisten Fällen den Weg über die von Medien vermittelte Öffentlichkeit und die Ansprache von Meinungsbildnern und Entscheidern, wie Sie meine sehr verehrten Damen und Herren.

Müssen wir direkter kommunizieren, lauter und hin und wieder sogar unsachlich werden, um wie es im Politikjargon heißt: „kampagnenfähig“ zu sein.

Sie merken: Ich habe auf meine Fragen keine Antworten. Sie erleben heute einen in Teilen frustrierten Sprecher unserer Industrie.

Uns fehlen nicht die Zugänge zur Politik und auch nicht Ansprechpartner in Parlament und Regierung. Nein, uns fehlen Politiker, die bereit sind, Entscheidung auf Grundlage von Fakten und ausgewogenen Analysen zu treffen – und nicht allein auf der Grundlage von Stimmungen. Ein besseres Beispiel: Ich hatte schon die „Rente mit 67“ genannt. Wenn wir länger leben und daher länger Rente beziehen, gibt es nur drei Stellschrauben: der Beitragssatz, die Rentenhöhe oder die Rentenbezugsdauer. Es war daher analytisch hergeleitet und richtig vom damaligen Arbeits- und Sozialminister Müntefering entschieden, den Renteneintritt ein Stück weit an die höhere Lebenserwartung anzupassen.

Heute aber zu wenig Entscheidungen auf Grundlage von Fakten und Analysen, zu viele Entscheidungen im Hinblick auf Stimmungen und Umfragen: Diese Einschätzung teilen derzeit viele Unternehmerkollegen.

Um es klar zu sagen: Wir fordern nicht im Gegenzug eine Klientelpolitik für Unternehmen, wir fordern auch keine Geschenke und schon gar keine Subventionen.

Nein, wir fordern Regierungshandeln und Gesetze, die es uns Unternehmern ermöglichen, Innovationen zu schaffen, zu investieren, zu wachsen und so Arbeitsplätze zu schaffen.

Soweit meine Bemerkungen zur Bundespolitik.

Ich darf an dieser Stelle auf die Landespolitik kommen. Allerdings nicht ich persönlich: Die stellvertretende Ministerpräsidentin und Wirtschaftsministerin Eveline Lemke wird nun ein Grußwort der Landesregierung überbringen. Frau Lemke – Sie haben das Wort!